

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

28.2.1925 (No. 50)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkonten:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich:
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. H. M. v. S.
Karlsruhe

Abgangspreis: In Karlsruhe und umgeben frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. -- Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. -- Anzeigengebühren 18 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Spaltenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße werden direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Abgangsernen und sonstiger Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. -- Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 26. auf Monatsfrist erfolgen.

Reichspräsident Friedrich Ebert †

WEIMAR, 28. Febr. (Tel.)
Reichspräsident Ebert ist vor-
mittags 10.15 Uhr, ohne das Bewusst-
sein wieder erlangt zu haben, sanft
entschlafen. Am Sterbelager weil-
ten seine Frau, seine Kinder, sein
Schwiegerjohn Dr. Jänike, sowie
Staatssekretär Dr. Meißner.

Den Ersten des Reiches hat das menschliche
Schicksal gefällt: Friedrich Ebert ist tot! Er war
eine überragende Persönlichkeit u. groß in der Art,
wie er sein hohes und schweres Amt als Reichs-
präsident führte. Vor 6 Jahren ist er von der
Weimarer Nationalversammlung gewählt wor-
den und seit dieser Zeit hat er dem deutschen
Reiche inmitten seiner schwierigsten Existenz-
perioden vorgestanden. Er hat durchaus wahr ge-
macht, was er damals in Weimar versprach:

„Ich folge dem Rufe der Weimarer Na-
tionalversammlung in dem Bewußtsein, daß
heute mehr denn je jeder Deutsche auf dem
Platze, auf den er gestellt ist, seine Schuldig-
keit zu tun hat. Mit allen meinen Kräften
und mit voller Hingabe werde ich mich bemü-
hen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu
führen, niemand zuliebe und niemand zuleide.
Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deut-
schen Republik getreulich beackten und schützen
werde. Ich will als Beauftragter des ganzen
deutschen Volkes handeln, nicht als Vorkämpfer
einer einzigen Partei.“

Der zu früh Dahingegangene hat dieses hei-
lige Versprechen im vollsten Sinne des Wortes
wahr gemacht.

Mit Ruhe, Sicherheit und Zielklarheit hat
Friedrich Ebert den verantwortungsvollen Posten
des Reichspräsidenten, des Ersten eines Sechzig-
millionen-Volkes, bekleidet. Bei seinem öffent-
lichen Auftreten, bei Repräsentationen, bei Emp-
fängen der Vertreter des Auslandes, bei Partei-
vertreter-Konferenzen über Regierungsbildungen
u. a., war jedes gesprochene Wort bedächtig und
klar erwogen. Wie kam verlegende Schärfe beim
Meinungsaustausch mit Andersdenkenden zum
Ausdruck. Deswegen verschaffte er sich auch sehr
bald die Achtung und das Vertrauen des ganzen
deutschen Volkes, das beim Magdeburger Pro-
zess ganz spontan sich äußerte. Das hohe Anse-
hen, das Friedrich Ebert genoss, erwies sich auch bei
seiner Krankheit. Aus allen Teilen Deutschlands
kamen Teilnahmekundgebungen und auch das
Ausland und die dort maßgebende Presse erkun-
digte sich sehr eingehend nach dem Verlauf der
Krankheit. Sie zollten Ebert in höchstem Maße
ihre Achtung und Anerkennung.

Friedr. Ebert verleugnete auch nie, daß er ein
Sohn des Arbeiterlandes sei, und bei seiner
Wahl in Weimar fügte er hinzu: „Ich bekenne,
daß ich in der Gedankenwelt des Sozialismus
aufgewachsen bin und weder meine Herkunft, noch
meine Überzeugung zu verleugnen gesonnen
bin.“

Sozialist sein hieß bei Ebert auch ferndeutlich
sein. Immer war das Wohl des deutschen Vol-
kes sein oberster Wahlspruch. Er war keine Schat-
tenfigur, keine Staatsdecoration, sondern ein
Mann, ein Politiker, der seine eigenen Gedanken
und Meinungen hatte, und nach bestem Wissen
und Gewissen seine Entscheidungen fällte. Das
hat man bei Regierungsbildungen und bei son-

Rundgebung der badischen Regierung

Reichspräsident Friedrich Ebert ist heute vor-
mittags 10 Uhr 15 gestorben; er erlag schwerer
Erkrankung.

In schwerster Zeit an die verantwortliche
Stelle des Deutschen Reiches berufen, hat er dem
Vaterland mit seinen starken Kräften als Poli-
tiker und Staatsmann hingebungsvoll und
selbstlos gedient. Als echter Volksmann und wahr-
er Patriot wird Reichspräsident Ebert im deut-
schen Volke fortleben.

Karlsruhe, den 28. Februar 1925.
Badisches Staatsministerium.
Dr. Hellpach, Remmele, Trunk, Dr. Köhler,
Weißhaupt, Marum.

Das badische Staatsministerium hat an Frau
Reichspräsident Ebert folgendes Tele-
gramm gerichtet:

Frau Reichspräsident Ebert
Berlin.

Die Badische Staatsregierung betrauert
aufrichtig das Hinscheiden Ihres hochverehrten
Herrn Gemahls. In dem Hingeshiedenen
verehren wir den ersten Reichspräsidenten, der
in schwerster Zeit an die verantwortliche
Stelle des Deutschen Reiches berufen, dem Va-
terland hingebungsvoll u. selbstlos gedient hat

Sein Andenken als echter Volksmann und
wahrer Patriot wird beim Badischen Volke,
dem er entstammte, fortleben.

Badisches Staatsministerium.

Die wichtigsten Entscheidungen stets wahrgenom-
men.

Wir in Baden haben außerdem besondere Ver-
anlassung, uneres nun dahingegangenen Land-
mannes ehrend zu gedenken. Fritz Ebert ist be-
kanntlich in Heidelberg geboren und dort auf-
gewachsen. In der Landeshauptstadt Karlsruhe
hat er — in der Waldhornstraße bei der Hofwa-
genfabrik Stauff — als Sattlergehilfe gearbeitet.
Zwar brachte er den größten Teil seiner Lebens-
zeit außerhalb Badens zu, aber er ist — soweit
uns bekannt ist — immer gern nach Baden ge-
gangen. Zuletzt weilte er als Reichspräsident
hier im Februar 1923, als durch den bekannten
Einbruch der Franzosen auch badisches Gebiet be-
setzt worden war. Auch schon vorher hatte er der
badischen Regierung Besuche gemacht.

Friedr. Ebert war zeitlebens ein Mann der Of-
fentlichkeit, der sich in frühesten Jugendzeit in
das Getriebe der Politik stürzte, und sehr bald
eine führende Rolle spielte. Als späterer Vorsit-
zender der sozialdemokratischen Partei und als
Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion offenbarte er seine hervorragenden Füh-
rertalente. Er hat auch im Weltkriege keinen
Augenblick vergessen, was er in dieser Eigen-
schaft seinem Volke und dem deutschen Arbeiter-
stande schuldete. Er zählte zu jenen Abgeord-
neten des Reichstages, die in den schwersten Tagen
nationaler Not, als die zahlreichen Feinde

Deutschlands auf unsere Vernichtung es abge-
hen hatten, zu einer erstmaligen Zusammenkunft
mit dem früheren Kaiser Wilhelm II. Zusam-
menberufen wurden. Und als die politische
Staatsumwälzung im Jahre 1918 sich vollzog, da
wählte der damalige Reichskanzler Prinz Max
von Baden keinen Würdigeren vorzuschlagen, als
den damaligen Vorsitzenden der sozialdemokrati-
schen Partei, den verstorbenen Friedrich Ebert.

Diese Hoffnungen haben sich erfüllt. Was
Friedr. Ebert in dieser schwersten aller Zeiten für
Deutschlands Bestand getan, ist nicht allenthal-
ben bekannt und teilweise auch schon wieder ver-
gessen. Die linksradikalen Anstürme gefährdeten
öfters sogar das Leben der damaligen Volksbe-
auftragten, u. Friedr. Ebert hat später in Freun-
deskreisen erzählt, wie er es oft gar nicht wagen
durfte, seine außerhalb Berlins gelegene Woh-
nung aufzusuchen; er mußte in Berlin selbst
übernachten. Dazu hatte Fritz Ebert im Kriege
ebenfalls zwei hoffnungsvolle Söhne verloren.

Und wie hing Fritz Ebert an der deutschen
Republik? In Weimar erklärte er:

„Niemand soll zur Republik gezwungen
werden, aber auch niemand soll mit Gewalt
von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht
und drängt. Nur auf das freie Selbstbestim-
mungsrecht wollen wir unseren Standpunkt
nach innen und außen aufbauen. Wir können
aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß
man die Brüder der Freiheit beraubt. Die
Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem
Aufgebot aller Kraft und Hingabe, den Frie-
den zu erringen, der Nation das Selbstbestim-
mungsrecht zu sichern, die Verfassung aufzu-
bauen und zu hüten, die allen deutschen Män-
nern und Frauen die politische Gleichberech-
tigung unbedingt verbürgt, dem deutschen
Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein gan-
zes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die
Freiheit nicht eine Bettelfreiheit wird, sondern
eine Kulturfreiheit, das sei das Ziel, dem wir
zustreben.“

In diesem Sinne hat Friedr. Ebert, wie schon
bemerkte, seinen hohen Beruf aufgefaßt, sein wich-
tiges Amt geführt. Er ist nicht mehr! Der erste
Präsident der deutschen Republik ist gestorben,
ein bedeutender Mann dahingegangen. Das
deutsche Volk wird ihm dauerndes Andenken be-
wahren!

Friedrich Eberts Lebenslauf

Friedrich Ebert, der als Nachfolger Babels zum
Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gewählt
wurde, ist geboren am 4. Febr. 1871 in Heidelberg. Er
besuchte die Volksschule dortselbst und erlernte dann das
Sattlerhandwerk. Nach der Lehre machte er die üb-
liche Handwerksburschenzeit durch, wanderte durch
Süd- und Norddeutschland und kam auch nach Bre-
men. Als Zeichen einer gewissen politischen Früh-
reife darf die Tatsache angesehen werden, daß er be-
reits 1892 eine Redaktionsstelle an der sozialdemokra-
tischen „Bremer Bürgerzeitung“ einnehmen konnte.
Ebert ist bis zu seinem Eintritt in den Parteivorstand
1905 in Bremen geblieben. Nach seinem Ausscheiden
aus der „Bremer Bürgerzeitung“ betrieb er kurze
Zeit eine Gastwirtschaft und übernahm dann das
Bremer Arbeitersekretariat. 1900 wurde er in die
Bremer Bürgerschaft gewählt; er war hier der aner-
kannte und auch von den politischen Gegnern hoch-
geschätzte Wortführer der Sozialdemokratie. Später
wurde er auch Mitglied des Bürgeramtes.

Im Jahre 1905 wurde die Zahl der Sekretäre im
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei vermehrt,
und der 1913 in Jena stattfindende Parteitag wählte
auf diesen Posten Ebert, der im Jahre vorher dem

Parteitag neben Singer präsiert hatte. Nach Singers Tode kam Ebert bereits als Vorsitzender der Partei in Frage; er lehnte indessen ab. Die große Mehrheit des Parteitages vereinigte sich dann auf den Königsberger Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneten Gaase, der an Singers Stelle gewählt wurde. Nachdem nun aber 1913 auch die andere Stelle des Parteivorstehenden durch Bebels Tod frei geworden war, berief der sozialdemokratische Parteitag von 1913 Ebert doch in das Vorsitzendenamt.

Zum Reichstag kandidierte Ebert früher im 18. hannoverschen Wahlkreis und 1912 in Ebert-Warmen, welchen Kreis bis zur Auflösung 1906 der Abgeordnete Mollenhuth vertrat. Bei den Wahlen 1907 ging der Kreis verloren, er wurde bei den letzten Wahlen von Ebert für die Sozialdemokratie zurückgewonnen.

Unter der Reichsleitung des Prinzen Max von Baden trat er in das Ministerium ein. Am 9. November 1918 stellte er sich neben Scheidemann an die Spitze der Revolution. In der Nationalversammlung vom 11. Februar 1919 wurde er zum Reichspräsidenten gewählt und später von dem neuen Reichstag in diesem Amt bestätigt.

Die letzten Stunden

Im Befinden des Reichspräsidenten schien am Freitag ein Umschwung zur Besserung einzutreten. Am Freitag vormittag nahm er etwas Nahrung zu sich, und man begann bereits zu hoffen, daß der Höhepunkt der Krise überstanden sei. Eine solche Meldung brachte am Freitag abend der „Vorwärts“, der jedoch erfuhr, daß neue Komplikationen nicht ausgeschlossen seien. Die Ärzte hofften, daß der Patient in der Nacht durch einen ruhigen Schlaf gestärkt werde. Nach dem ärztlichen Bericht von 7 Uhr abends dauerte die Besserung im Befinden des Reichspräsidenten an. Gegenüber den teilweise auch in der Presse verbreiteten Gerüchten wurde festgestellt, daß eine neue Operation weder stattdessen habe, noch beabsichtigt sei. Anders lautete jedoch der erst heute, Samstag morgen 9 Uhr, ausgegebene Bericht, der einen plötzlichen Umschwung zum Schlimmeren mitteilte, und keiner Hoffnung mehr Raum ließ.

„Heute morgen gegen 5 Uhr machte die Bauchentzündung plötzliche Fortschritte. Der Kräftezustand des Reichspräsidenten nimmt schnell ab. Buzelt schläft der Reichspräsident. Die behandelnden Ärzte halten seinen Zustand für hoffnungslos.“

Der Reichspräsident erwachte nicht mehr.

W.B., Berlin, 28. Febr. (Tel.) Die Nachricht vom Ableben des Reichspräsidenten übte auf die ganze Berliner Bevölkerung einen tiefen Eindruck aus. Die für heute Abend angekündigten größeren öffentlichen Versammlungen wurden sogleich abgesetzt. Die Börse blieb heute geschlossen. Viele Gebäude, nicht nur die Staats- und öffentlichen Gebäude haben Halbtag abgeklagt. Das Reichskabinett wird unmittelbar zusammentreten.

Politische Neuigkeiten

Die Länder und der Finanzausgleich

Mit Rücksicht auf die am Freitag begonnenen Beratungen der Reichsratsausschüsse über die neuen Steuerordnungen der Reichsregierung hatten sich am Freitag die Vertreter der in dem Steuerausgleich vertretenen Länder zu einer Besprechung im preussischen Finanzministerium zusammengefunden.

Dabei führte der preussische Finanzminister Dr. Dreyer-Ahlfeld aus, daß die Länder durchaus bereit seien, die Lage der deutschen Wirtschaft und aller Wirtschaftskreise zu berücksichtigen, daß aber die Verwirklichung der Pläne des Reiches die Länder geradezu zwingen würden, bei dem Ausbau ihrer eigenen Steuern Wege zu gehen, die für die Wirtschaft außerordentlich gefährlich sein würden. Die Berechnungen des Reiches, wonach die heutigen Ausgaben der Länder um 45 Prozent, die Ausgaben der Gemeinden um 50 Prozent die Friedenssätze übersteigen müßten, beruhen auf unzulänglichen Grundlagen. Die unabweislichen Bedürfnisse der Länder und Gemeinden seien auch bei größter Sparsamkeit höher. Die Länder und Gemeinden erhielten für 1924 von dem Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern, das auf 2600 Millionen geschätzt werde, 90 Prozent oder 2340 Millionen. Von dem Aufkommen an Umsatzsteuern, das auf 2 Milliarden geschätzt werde, 20 Prozent oder 400 Millionen, zusammen 2740 Millionen. Für 1925 wolle das Reich den Ländern und Gemeinden von dem auf zwei Milliarden geschätzten Aufkommen der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur 75 Prozent oder 1500 Millionen, und von dem auf 1500 Millionen geschätzten Aufkommen der Umsatzsteuern 30 Prozent oder 450 Millionen, zusammen also 1950 Millionen zuweisen. Zur Deckung des Fehlbetrages von 790 Millionen müßten die Länder und Gemeinden die Realsteuern in einer Weise anspannen, daß sie von der Wirtschaft gar nicht getragen werden könnten. Außerdem sei der Zusatz des Reiches zu den Kosten der Schulpflicht von 190 auf 100 Millionen herabgesetzt und die Grunderwerbsteuer werde von 4 auf 3 Prozent ermäßigt. Das Reich verweise die Länder auf die Hausbesitzsteuer und nehme an, daß die Miete alsbald auf 100 Prozent der Friedensmiete gesteigert und davon 35 Prozent als Hausbesitzsteuer in Anspruch genommen werden könnten, so daß nach Verwendung von 10 Prozent der Friedensmiete für die Neubautätigkeit den Ländern und Gemeinden noch eine Milliarde für ihre allgemeinen Finanzbedürfnisse bleiben würden. Da der Finanzausgleich zum 31. März 1925 aufzulösen müsse, müßten die Länder vom Reich verlangen, daß diesen unverzüglich der Entwurf für die Übergangsregelung vorgelegt werde und zwar gemäß der Entscheidung der Finanzministerkonferenz in Dresden unter einer höheren Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer.

Die Ausführungen des preussischen Finanzministers fanden bei den Vertretern der Länder einmütige Zustimmung.

Bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Gegenüber anders lautenden Pressemeldungen über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen erfährt das W.B. von zuständiger Seite, daß es sich im Augenblick noch nicht um den Abschluß eines Provisoriums, sondern nur um die Feststellung der Richtlinien für ein solches provisorisches Abkommen handelt, in dem gleichzeitig auch die Grundlagen des endgültigen Vertrages in der Weise festgelegt werden sollen, daß Deutschland von einem bestimmten Zeitpunkt an für alle Waren seines Ausführungsinteresses die gleichen Tarifsätze eingeräumt werden, die irgend ein anderer Staat erhält oder erhalten könnte. In der für den heutigen Samstag in Aussicht genommenen Sitzung sollen der formelle Austausch der Zustimmungserklärungen erfolgen, falls auch die französische Regierung ihr Einverständnis, das bisher noch aussteht, zu den von den beiden Delegationen gemeinsam gefundenen Richtlinien gibt.

Die materielle Ausführung der Richtlinien soll dann den Verhandlungen vorbehalten sein, die nach einer Verhandlungspause am 16. März beginnen sollen. Der Hauptteil der deutschen Delegation fährt heute nach Deutschland zurück.

Der deutsch-rumänische Konflikt

Die deutsche Kriegslastenkommission in Paris übergab am Freitag der Reparationskommission eine Note mit dem Antrag, festzustellen, daß die rumänischen Forderungen, die in der letzten Zeit zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Rumänien geführt haben, auf Grund des Sachverständigengutachtens aus dem Dawesplan abzudecken sind, wenn und soweit Deutschland gehalten sein sollte, seine Forderungen zu befriedigen.

Deutschfeindliche Ausgebungen in Rumänien. Nach Mäntermeldungen kam es in dem rumänischen Ort Lugos bei der ersten Vorführung des Abelenenfilms zu deutschfeindlichen Demonstrationen, die von dem Direktor der staatlichen Lehrpräparandenanstalt inszeniert wurde. Erst nach dem Eingreifen der Behörden konnte die Vorstellung beendet werden. Das Lichtspieltheater hat den Direktor auf Schadenersatz verklagt.

Die Reparationsleistung der Reichsbahnen

In einem Vortrag von der Weltwirtschaftsgesellschaft in Berlin teilte der Generaldirektor der deutschen Reichsbahnen Defer am Freitag abend mit, daß er am Freitag die erste Anweisung über 100 Millionen Mark für den Reparationsausgleich unterzeichnet habe. Der genannte Betrag wird am 1. März fällig.

Defer führte u. a. weiter aus, nach dem Reichsbahngesetz habe die Reichsbahn drei wesentliche Dinge zu beachten, sie solle landwirtschaftlich verfahren, ferner nach Möglichkeit den volkswirtschaftlichen Interessen Deutschlands dienen und schließlich die aufzulegenden Reparationen herauswirtschaften. Die letzten Punkte seien die überwiegenden. Eine allgemeine Tarifermäßigung sei augenblicklich nicht erfüllbar. Erst wenn für eine gewisse Periode die Zahlungen der Reparationsleistungen weniger seien, könne man in dem Tarif eine Ermäßigung wagen. Hinsichtlich der Gehälter habe der Verwaltungsrat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die ihm der Reichstag gegeben habe, daß nämlich bis zu 5 Prozent der gesamten Aufwendung für die Beamten zu Zahlungen verwendet werden können. Die in der Öffentlichkeit genannten phantastischen Zahlen seien falsch. Die erste Bewilligung habe 4 Millionen im Vierteljahr nicht erreicht. Auch hinsichtlich der leitenden Beamten sei die Reichsbahn in der Gehaltsverbesserung in bescheidenem Rahmen geblieben. Bei der Frage der Sicherheit des Publikums würden die Kosten niemals eine Rolle spielen. Die Reichsbahn müsse ihr Ansehen als tonangebendes Verkehrsinstrument erhalten und technisch auf der Höhe bleiben.

Die Unternehmung der Finanzaffären

Die Unternehmung des Landtagsauschusses über die Preussische Landesbankdirektoren hat in den letzten Tagen Material zutage gefördert, das die Geschäftsgebarung dieses Instituts monatelang noch bedenklicher erscheinen läßt, als die Staatsbankgeschäfte mit den Herren Kautzler und Warmat. Es stellt sich heraus, daß hier nicht nur, wie in der Staatsbank, risikante und volkswirtschaftlich unerwünschte, aber doch übliche Geschäfte mit Staatsgeldern vorgenommen wurden, sondern, daß hier die Leiter eines staatlichen Kreditinstituts die Organisation und die Gelder eines Staatsinstituts dazu mißbraucht haben, um einigen akzeptierten Abgaben in irreführender Weise aus der Geldverleugung zu helfen. Wie weit die Leiter dieser Bank, Direktor Lüders und Geheimrat Nehring, in ihrer Mißbereitschaft gegangen sind — angehängt immer in dem Glauben, daß dabei für den Staat ein gutes Geschäft zu machen sei —, zeigt folgendes Beispiel: Im Auftrag der Herren von Zikewitz und v. Ebdorf unternimmt ein Dr. Fleischmann eine Reise nach London, um für die Kreditnehmer neue Mittel zu beschaffen. Dr. Fleischmann fordert und erhält für diese Reise von der Pfandbriefanstalt, der Kreditgeberin, 30 000 Mark Reisekosten. Eine Abrechnung für diese Kosten aber ist bis heute noch nicht erfolgt, und auch die Revision, die sätungsgeheim zweimal im Jahre stattfinden sollte, ist unterlassen worden.

Unter den Abgelassenen befindet sich ein Herr von Zikewitz. Auf die Frage des deutschnationalen Abgeordneten Koch, warum man die Zikewitz-Geschäfte vor dem Personal und der Öffentlichkeit verheimlicht habe, erwidert Geheimrat Nehring, es wären sonst noch andere mit Geldgeschäften gekommen.

Am Freitag wurde der Zeuge von Karstadt vernommen. Er wollte sich an einem Berliner Grundstücksbesitzer beteiligen. Es handelte sich darum, Häuser, deren Marktwert 20 Millionen betrug, für 3 Millionen zu erwerben. Ebdorf machte mich mit Geh. Rat Nehring bekannt. Wir bekamen von der Landespfandbriefanstalt einen Kredit zum Erwerb von Häusern, weil wir sagten, daß in kurzer Zeit ein englischer Kredit ausgezahlt würde. Das Geld kam aber nicht in der vereinbarten Frist. Nach großen Schwierigkeiten gelang es uns, soviel Geld zu bekommen, daß wir das Geschäft zu Ende führen konnten. Der Zeuge erklärt weiter, in dem Kredit seien für persönliche Aufwendungen etwa 300 bis 350 000 Mark enthalten gewesen. Er habe davon etwa 100 000 Mark, Ebdorf 40 000 bis 50 000 Mark, Karlowitz 175 000 bis 180 000 Mark verwendet. Auf weitere Fragen erklärte der Zeuge, innerhalb des Kontokorrents habe es keine Abrechnung und keine Buchführung gegeben. Karstadt gibt zu, daß es sich bei dem Erwerb der Grundstücke um eine Spekulation gehandelt habe. — (Held (D. Wp.) weist erregt darauf hin, daß der Zeuge keinen Pfennig in das Geschäft gebracht habe. Vorsitzender Leinert: Was haben Sie mit den 100 000 Mark gemacht, die Sie für Ihre eigenen Bedürfnisse aus dem Kredit des Staatsinstituts erhoben haben? Karstadt: Ich hatte 70 000 Mark Schulden, die ich zunächst bedien mußte.)

Die Spritschleichen. Die „Magdeburger Zeitung“ meldet: Auf Veranlassung der badischen Polizei und des badischen Finanzamtes nahm die Kriminalpolizei bei einigen Magdeburger Firmen erneut Hausdurchsuchungen vor. Wie wir hören, sind einige Personen verhaftet worden, die sich der Steuerhinterziehung und des Staatsbetrugs verdächtig gemacht haben. Da die Hausdurchsuchungen von Waden ausgehen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die verhafteten Personen in Beziehungen zu dem Spritbrenner Schitt gestanden haben, der vor einigen Wochen in Magdeburg festgenommen und von hier aus nach Waden gebracht wurde. Von anderer Seite wird das bestätigt.

Gerriot über die Sicherheitsfrage

Aber Ausführungen, die Gerriot im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten gestern gemacht hat, wird folgendes gemeldet: Gerriot erklärte, was die Sicherheitsfrage betreffe, so scheine es, daß der Augenblick nahe, an dem die Alliierten sich über die Probezeit und über die Bedingungen einer unerläßlich gewordenen Aussprache zu verständigen hätten. England schlage eine Konferenz für den 17. März vor, die französische Regierung ihrerseits eine Konferenz, die den Charakter eines einfachen Meinungsaustausches in Paris, sei habe, und zwar nach der Tagung des Völkerbundes. Deutschland selbst nehme den Vorschlag Guno wieder auf, der eine Friedensgarantie für den Rhein vorge schlagen habe. Es habe noch nichts unterbreitet, was die übrigen Grenzen

anbetreffe, und Frankreich könne weder Polen noch die Tschechoslowakei außerhalb des Paktes lassen. Können man in gleicher Weise auf die Angliederung Österreichs an Deutschland schließen?

Die Vorkonferenz, die am heutigen Samstag zusammentreten sollte, wird, wie aus Paris gemeldet wird, erst am Dienstag tagen. Nach dem „Petit Parisien“ ist diese Entscheidung getroffen worden in der Hoffnung, daß das Militärkomitee von Versailles dann die Prüfung des Kontrollberichts angenommen habe und in der Lage sein werde, ein Gutachten zu unterbreiten.

Der Bericht der Kontrollkommission wird, wie weiter erfährt, dem Vorkonferenzrat möglicherweise in der nächsten Woche zugehen. Die Meldungen über französisch-englische Meinungsverschiedenheiten wegen der Nachbestimmung des Versailles Komitees seien unrichtig. Gegenüber den Darlegungen werde erklärt, daß von keiner Seite jemals vorgeschlagen worden sei, die Deutschen sollten den Bericht der alliierten Kommission erörtern. Tatsächlich sei von Deutschland auch niemals ein Ersuchen in dieser Richtung gestellt worden.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, wird der „Tagl. Rundschau“ zufolge, in diesen Tagen nach London reisen. Das Blatt bringt die Kunde in Zusammenhang mit der Regelung der Abrüstungs- und Räumungsfrage und glaubt zu wissen, daß Lord d'Abernon die Hinzuziehung Deutschlands zu der in Aussicht genommenen interalliierten Konferenz als wünschenswert und zielfördernd befürworten werde.

Wiederzutreten Hillers

Im Münchener Bürgerbräukeller hielt gestern abend Hiller seine erste öffentliche Versammlung seit November 1923 ab. Er schilderte die Beweggründe, die seinerzeit zur Schaffung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei geführt haben und betonte, daß die Ziele der neu organisierten Partei dieselben seien. Bei Besprechung der inneren Wirklichkeit im völkischen Lager erklärte er, es sei sein Ziel, als Führer die Auseinanderstrebenden zusammenzuführen. Die Vertretung der Interessen der Bewegung solle man ihm überlassen. Er trage die Verantwortung. Reichstagsabgeordneter Dier und Diplomingenieur Jäger, sowie Landtagsabgeordneter Dr. Dinter, Dr. Buttman, Streicher und der völkische Führer Effer gelobten Hiller durch Handschlag bedingungslos Treue, Buttman und Effer erklärten in kurzen Ansprachen die Auflösung ihrer Sonderorganisationen. Dr. Dinter stellte Hiller die 38 Ortsgruppen in Thüringen zur Verfügung und legte sein Amt als Führer dieser Ortsgruppen nieder.

Freitag vormittag wurde in München über die Forderung von Hitler gegen den Sanitätsrat Dr. Bittinger verhandelt. Die Klage führt sich auf den Vorwurf Bittingers, daß sich die Hitlerbewegung von französischem Geld genährt habe. In der Begründung heißt es, daß Bittinger gegen Hiller selbst keinen Vorwurf erhoben habe, sondern nur auf Grund von Mitteilungen des inzwischen verstorbenen englischen Politikers Noel die Behauptung aufstellte, daß die Hitlerbewegung durch französische Gelder unterfützt würde.

Der Personalabbau in Preußen

Im Hauptauschuß des preussischen Landtags wurde Freitag nachmittag die am 9. Februar abgebrochene Beratung der von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten gestellten Anträge auf Aufhebung bezugnehmender der preussischen Personalabbaubewertung fortgesetzt. Auf verschiedene Anfragen erwiderte Ministerialrat Zimmer, ein sachliches Bedürfnis nach weiterem Abbau innerhalb der preussischen Staatsverwaltung bestehe nach Ansicht des Finanzministeriums noch immer. Allerdings seien verschiedene Refferis anderer Meinung. Annahme fand der sozialdemokratische Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, mit unklarer Beschleunigung ein Gesetzentwurf vorzulegen, wonach ein Abbau auch bei den Wahlbeamten nur unter der Voraussetzung des § 21 zulässig ist und in Fällen, in denen Wahlbeamte im Gegensatz dazu abgebaut worden sind, über ihren Einspruch eine neue Entscheidung herbeizuführen ist. Ferner fand Annahme ein sozialdemokratischer Antrag, sofort jeden weiteren Abbau einzustellen. Angenommen wurde nach der Antrag Dr. von Campe (D. Wp.), gleichgültig mit der Aufhebung der Anstellungs- und Beförderungssperre im Reich diese auch in Preußen aufzuheben.

Die Beratungsverhandlung im Nothardt-Prozess. Meldungen einer Berliner Korrespondenz zufolge wird infolge der Erstrangung des Reichspräsidenten der Prozess gegen den Reichsleiter Nothardt, der am 10. März vor dem Landgericht in Magdeburg beginnen sollte, vertagt werden, da die Vertretung des Reichspräsidenten den Antrag gestellt habe, ihn als ersten Zeugen zu vernehmen, und diese Vernehmung mit Rücksicht auf die Erkrankung des Reichspräsidenten erst später stattfinden könne. — Wie die „Völkische Zeitung“ dazu hört, ist den Reichsvertretern des Reichspräsidenten von einem derartigen Antrag nichts bekannt. Die Reichsvertreter ständen vielmehr auf dem Standpunkt, daß der auf mehrere Wochen berechnete Prozess wohl so geführt werden könne, daß die Vernehmung des Reichspräsidenten zu einem späteren Zeitpunkt erfolge.

Kurze Nachrichten

Die Inflationen. Die auf den Stichtag des 25. Februar 1925 berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 18. Februar (189,1) um 0,4 Prozent auf 189,7 gestiegen. Die Lebensmittelpreise von 1914 auf 1925 sind um 0,4 Prozent und die Industriepreise von 1914 auf 1925 um 0,5 Prozent angezogen. — Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für Mittwoch, den 25. Februar, blieb nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts gegenüber der Vorwoche (125,2) unverändert.

Die Regierungsbildung in Preußen. Der Berliner „Völkische Zeitung“ will wissen, daß der preussische Ministerpräsident Watz sich entschlossen habe, eine Neuwahl zum Ministerpräsidenten nur dann vorzunehmen, wenn die Gewissheit bestehe, daß diesmal das von ihm zu bildende Kabinett eine Vertrauensmehrheit erhalte. Da diese Frage bis zum nächsten Mittwoch aber kaum geklärt werden dürfte, strebe Ministerpräsident Dr. Watz eine Verschiebung des Wahltermins an.

Die deutsche Handelsdelegation traf am Freitag in Moskau ein und wurde vom deutschen Botschafter und vom Leiter der Rechtsabteilung des Konsularrats für Auswärtige Angelegenheiten Sabanin am Bahnhof empfangen.

Die Volkszählung am 16. Juni. Im Hinblick auf die für den 16. Juni d. J. geplante Volks-, Berufs- und Betriebszählung im Deutschen Reich hat die Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene an den Reichstag eine Petition gerichtet. Der Reichstag wird darin gebeten, dahin zu wirken, daß gelegentlich dieser Volkszählung danach gefragt wird, wer der Invalidenversicherung angehört.

Die Löhne im Ruhrbergbau. Die am Tarif beteiligten Bergarbeiterverbände kündigten, wie aus Bochum gemeldet wird, die Lohnordnung für den Bergbau zwecks Erhöhung der Löhne.

Badischer Teil

Zum Tode des Reichspräsidenten

Nachdem die Nachrichten von dem Hinscheiden des Reichspräsidenten in Karlsruhe eingetroffen war, hielt das badische Staatsministerium sofort eine Sitzung ab, in der die Verdienste des Reichspräsidenten Ebert gewürdigt und Beschlüsse über die Trauerkundgebungen der Regierung gefasst wurden.

Aus Anlaß des Todes des Reichspräsidenten haben die badischen Dienstgebäude, sowie die Reichs- und städtischen Gebäude Halbmaße gellagt.

Für die Luftbarkeiten ist ein Verbot nicht ergangen.

Der Ausbau der Rheinstrecke Straßburg—Basel

Für Regulierung des Rheinstroms — gegen das französische Seitenprojekt

Der Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, E. V. Duisburg, hatte auf Freitag vormittag 10 Uhr in den Räumen des Bürgerhausaales in Mannheim zu einer Besprechung über Schiffahrtsausbau auf der Rheinschiffahrtsstraße Straßburg—Basel sowohl die daran interessierten Kreise, als auch die Vertreter der sämtlichen rheinischen Handelskammern, die führenden Fachverbände der Schiffahrtsindustrie und Landwirtschaft, sowie die Presse eingeladen, um über die binnen kurzem in ein entscheidendes Stadium tretenden amtlichen Beratungen über den Ausbau des linksrheinischen Seitenkanals und die Regulierung des Rheines zwischen Straßburg und Basel der Öffentlichkeit Aufschluß zu geben.

Es handelt sich um zwei grundlegende verschiedene Projekte. Am 10. Mai 1922 wurde zwischen den drei beteiligten Staaten, Deutschland, Frankreich und der Schweiz, über die Rheinregulierung eine Vereinbarung getroffen, die besagt, daß a) die Regulierungsarbeiten nach Maßgabe der Genehmigung durch die Zentralkommission nach Erledigung der gesetzlichen Vorschriften ausgeführt werden sollen, und b) die drei Staaten sich untereinander über die Ausführung ins Einvernehmen setzen und die Ausführung der Arbeiten verteilt werden sollen. Frankreich hat inzwischen das Projekt eines Rheinseitenkanals mit sieben Stauweilen zwischen Groß-Rends und Straßburg bearbeitet und der Zentralkommission im Dezember vorigen Jahres vorgelegt, während die Schweiz gleichzeitig ihre Regulierungspläne des Oberrhens, bearbeitet durch die badischen Wasserbaubehörden, einreichte. Frankreich beruft sich auf Artikel 358 des Versailler Friedensvertrages, der ihm das Recht auf Entnahme von Wasser aus dem Rhein für bereits gebaute oder noch zu bauende Schiffahrts- und Bewässerungsgebiete oder für jeden anderen Zweck gibt, unter der Voraussetzung allerdings, daß dadurch weder im Rheintal noch in dem etwa an seine Stelle tretenden Ableitungen die Schiffbarkeit beeinträchtigt oder die Schiffahrt erschwert werde und die Zentralkommission die Bauentwürfe genehmigt. Die Zustimmung der Zentralkommission für den Regulierungsplan der Schweiz ist auf Grund des Artikels 359 des Friedensvertrages notwendig.

Der Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, Generaldirektor Welter-Duisburg, eröffnete die Sitzung, indem er sie mit kurzen Worten als eine rein sachliche Arbeitstagung kennzeichnete und darauf hinwies, daß in diesem Gremium es darauf ankomme, zu einem klaren Urteil aus technischen und wirtschaftlichen Gründen zu gelangen, da die politische Seite der Sache, die gewiß an sich ihre große Bedeutung habe, angesichts des Zwanges der Beratung, außer acht zu lassen sei. Die außerordentliche Verantwortung, die der Stellungnahme dieser Frage inne wohne, und die auf den praktischen Folgen beruhe, die sich aus der Durchführung des einen oder anderen Projektes für das Schiffahrts- und Hafenwesen des Oberrhens und des Rheins überhaupt ergibt, weist die wirtschaftliche Vertretung darauf hin, den Fragenkomplex unvoreingenommen und nach rein sachlichen Gesichtspunkten unter Ausschaltung politischer Fragen zu betrachten. Der Vorsitzende wies in seinen weiteren Ausführungen darauf hin, daß es nicht allein als Pflicht erscheine, Aufschluß von der Reichsregierung über den Stand der Angelegenheit zu erlangen, sondern sie auch durch eine Kommission von Schiffahrtsfachverständigen eingehend prüfen zu lassen und von dem Ergebnis dieser Prüfung die angeführten Handelskammern zu unterrichten. Redner verbreitete sich dann in längeren Ausführungen über die Bedeutung der Rheinschiffahrt.

Oberbürgermeister Dr. Kuber-Mannheim begrüßte im Namen der Stadt Mannheim die Anwesenden und gab seiner großen Genugtuung darüber Ausdruck, daß man zur Behandlung dieser namentlich für den Oberrhein so bedeutsamen Frage den Hafenplatz Mannheim gewählt habe.

Rednerdirektor Frenkel-Mannheim befaßte sich eingehend mit den schiffahrtstechnischen Fragen, die sich aus der Herstellung des linksrheinischen Seitenkanals nach dem französischen Projekt ergeben. Er gelangte dabei, und zwar gestützt auf die Untersuchungen einer Sachverständigenkommission, deren Berichterstatter der Redner war, zu einem klaren und entscheidenden Urteil über den Seitenkanal, der bei auch nach dem Friedensvertrag notwendigen Voraussetzungen der ungehinderten Ermöglichung der freien Schiffahrt und der Gewährleistung der Schiffbarkeit keinesfalls Rechnung trage. Zusammengefaßt lautet das Urteil der Sachverständigen dahin, daß der Kanal in seiner Leistungsfähigkeit nicht mit dem regulierten Rhein verglichen werden könne, und daß er keineswegs die Bedingungen erfülle, daß er dem Rhein gleichwertige Schiffahrtsstraße biete.

In längeren Ausführungen gab Regierungsrat Wittmann an Hand von Plänen eine Übersicht über die Neuregulierung des Rheinstromes zur Schiffbarmachung desselben von Basel bis Straßburg.

Im Namen des Schiffahrtsverbandes sprach Rechtsanwalt Linder, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, sich für eine Neuregulierung der Rheinstrecke nach dem deutschen Projekt aus und betonte u. a., daß die Rheinschiffahrt seit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges nicht auf Kosten getrieben ist. Sie steht mit ernstester Besorgnis in die Zukunft und sie wird schwer ringen müssen, bis sie wieder geregelten Verhältnissen gegenübersteht.

Oberbürgermeister a. D. Most-Duisburg, Syndikus der Handelskammer Duisburg, schloß sich den Ausführungen des

Handelskammerpräsidenten Penel der Stadt Mannheim an und betonte, daß die Zentralkommission gegen den Friedensvertrag verstoßen würde, wenn sie diesem Projekte nicht ihre Zustimmung geben würde.

Folgende, durch den Syndikus des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen, E. V. Duisburg, Dr. Schmitz, verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die auf Einladung des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen am 27. Febr. in Mannheim versammelten Vertreter sämtlicher rheinischer Handelskammern und führender Fachverbände der Industrie, Landwirtschaft und Schiffahrt nehmen in der Frage des Ausbaues des Oberrhens zwischen Straßburg und Basel wie folgt Stellung:

Die Ausführung des französischen Vorhabens eines Seitenkanals von Straßburg nach Basel würde, wie eine eingehende Prüfung von Sachverständigen ergeben hat, eine wesentliche Erschwerung und Veränderung des Betriebes der Rheinschiffahrt gegenüber der bisherigen Art der Betriebsführung auf dem freien Strom zur Folge haben. (Gefährliche Navigation, besonders zu Kal, schwieriges Anker- und Ausbreiten der Fahrzeuge, nautisch gefährliche Schleuseneinrichtung, Zeitverlust an den Schleusen, Unmöglichkeit, plötzliche Verkehrsanschwellungen glatt aufzunehmen, Abhängigkeit von Betriebsstörungen an den Schleusen usw.)

Die in Artikel 358 des Friedensvertrages von Versailles geforderte Voraussetzung für den Bau des Seitenkanals, daß die Schiffahrt entweder im Rheintal noch in den etwa an seine Stelle tretenden Ableitungen beeinträchtigt, noch die Schiffbarkeit erschwert werden dürfe, kann daher keinesfalls als erfüllt angesehen werden. Die Veränderung des freien Rheins durch den Seitenkanal würde vielfach die freie Schiffahrt auf der Strecke Straßburg—Basel tatsächlich aufheben und auf der übrigen Strecke zum Teil stark beeinträchtigen. Der Bau des Seitenkanals würde überdies die Grundsätze von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt genehmigte Regulierung des genannten Abschnittes tatsächlich in Frage stellen. Mit der Regulierung sind jedoch im Oberhengebiet auf der Strecke bis Straßburg in den letzten Jahrzehnten derart eingehende wie der Schiffahrt bekannt ist und durch Verkehrsstatistiken bewiesen wird — Erfahrungen gesammelt worden, daß die Fortsetzung des Regulierungswerkes bis Basel eine großartige Kulturarbeit von internationaler Bedeutung, und nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit der beteiligten Länder, sondern unter den zu beachtenden Gesichtspunkten der Freiheit der Schiffahrt, die allein in Frage kommenden technischen Möglichkeiten der Verbesserung der Schiffahrt bis Basel darstellt.

Vorteile der Regulierung: Unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeit, leichte Anpassungsfähigkeit bei plötzlichen Verkehrsanschwellungen, technisch einheitlicher Schiffahrtsverkehr auf der ganzen Rheinstraße von Rotterdam bis Basel, wirtschaftliche Überlegenheit, Fehlen der Nachteile eines Kanalgebietes. Angesichts der außergewöhnlichen Bedeutung der zu treffenden Entscheidung für den gesamten Rheinverkehr wie für die Volkswirtschaft aller Länder des gesamten Rheinromgebietes, insbesondere des Oberrhens, wird für notwendig gehalten, daß das amtliche Projekt des linken Rheinseitenkanals Straßburg—Basel, ebenso wie es mit einer Regulierung des Rheinstromes dieser Strecke geschehen ist, sowie jeweils alle Beschlüsse der Zentralkommission und der zuständigen Unterkommissionen in dieser Angelegenheit schnellstens veröffentlicht und mit eingehenden Erläuterungen der Öffentlichkeit übergeben werden.“

Am 11.30 Uhr wurde die Tagung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Badischer Landtag

Der Nachfolger des Abg. Schmitt

Nachdem der bisherige Landtagsabg. Dr. Franz Josef Schmitt infolge seiner Ernennung zum Ministerialdirektor im Ministerium des Kultus und Unterrichtes sein Landtagsmandat niedergelegt hat, kommt als sein Nachfolger für dieses Mandat listenmäßig der Zentrumsabg. Verwaltungsoberinspektor Stadtrat Kühn in Karlsruhe in Betracht.

Neue Eingänge

Dem Landtag ist ein Initiativantrag Gebhard (Landbund), Dr. Matthes (D. Sp.) und Schön (D.) betr. die Kredite für die Landwirtschaftskammer zugegangen. — Der Landbund wünscht Ausbau der Saatzjudicialität Mastatt in ein Pflanzengüterinstitut. — Der Badische Industrie- und Handelsabg. Mannheim hat zur Gebäudesondersteuer eine Eingabe an den Landtag gerichtet. — Eine Zuschrift der Gemeinde Söllingen befaßt sich mit der Klaffenstärke der Landgüter. — Der Gemeinderat Baden wünscht den Ausbau des dortigen Realgymnasiums zu einer Vorkanstat. — Der Verband der Polizeibeamten Badens wurde wegen der Forderungsregelung der Polizei im Bereichsgerichtsamt vorstellig. — Die Bürgermeister des Bezirks Bühl bitten um Beibehaltung der örtlichen Steuereinnahmestellen. — Ein Gesuch des Ingenieurs A. Leuprecht in Karlsruhe betrifft die Organisation einer Genuehmigungspolizei. — Eine weitere Eingabe handelt von den Bezirksfürsorgeverbänden.

Kommunale Rundschau

Aus dem Kreisrat Karlsruhe. Der Aufwand für die Unterhaltung der Kreisstraßen ist für das Jahr 1925 mit 271 000 M. und jener für Kreiswege mit 571 500 M. veranschlagt. Die gegenüber dem Vorjahre eingetretene erhebliche Steigerung des Aufwandes ist eine Folge des Kraftwagenverkehrs, welcher eine intensivere Unterhaltung der Straßen nötig macht. Der Kreisrat wird deshalb auch im Auftrag der übrigen Kreise wiederholt bei der badischen Regierung vorstellig werden, um eine Verteilung der Kreise am Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer zu erreichen. Im laufenden Jahre ist beabsichtigt etwa 300 bedürftige Kinder aus den Landgemeinden des Kreises in Erholungsheimen unterzubringen. Die Kreisfürsorgeeinrichtungen werden die Vermittlung übernehmen. Auf Grund der Vereinbarungen mit den übrigen Kreisen ist die Errichtung einer Anzahl Wanderfürsorgestellen im Kreis Karlsruhe in Aussicht genommen. Eine Anzahl Lehrlinge erhalten zur Durchführung ihrer Lehrzeit besondere Beihilfen. Gesuche hierwegen können an die Handwerkskammer zur Übermittlung an den Kreisrat gerichtet werden.

Stadtschulrat Nohrbach in Heidelberg tritt in den Ruhestand. Mit Nohrbach, der das gesetzliche Pensionalter erreicht hat, tritt einer der bestkennnten badischen Schulmänner aus dem aktiven Schuldienst aus. Nohrbach spielte in den früheren Jahren auch in der badischen Politik eine bedeutende Rolle; er gehörte als nationalliberaler Abgeordneter viele Jahre dem badischen Landtag an und war ein gewandter Redakteur der zweiten Kammer. Bekanntlich ist der Mann

des Heidelberger Stadtschulrats ernannt worden.

Der Bürgerausschuß Mannheim wird sich demnächst mit einer Reihe von wichtigen Vorlagen beschäftigen. In der nächsten öffentlichen Sitzung wird die Frage eines Stuhlhafens zur Debatte kommen. Die öffentliche Sitzung wird sich zunächst mit der Errichtung der dritten Redarbrücke beschäftigen. Eine weitere Vorlage sieht für die Erweiterung der städtischen Gasanlagen auf der Friesenheimer Insel den durch Anleihe zu bedeckenden Betrag von 3¼ Millionen Mark vor. Als dritter Punkt steht der Vorschlag des Nationaltheaters für das Jahr 1926 bezw. das Spieljahr 1925/26 zur Beratung.

Aus der Landeshauptstadt

Hermann Roth, Lehrer für Musiktheorie am Badischen Konservatorium in Karlsruhe, hat in gleicher Eigenschaft einen Ruf an die Württembergische Hochschule für Musik in Stuttgart erhalten und angenommen.

Prof. Dr. Brebig freigesprochen. Wie erinnertlich hätte Professor Dr. Brebig als damaliger Rektor der Technischen Hochschule Karlsruhe dem rechtsradikalen Apotheker Ernst aus Schwellingen die Herabgabe eines Hörsaales der Hochschule zu Vortragszwecken verweigert und im Senat bei Besprechung der Angelegenheit seinen Standpunkt damit begründet, daß Ernst „ein Nationalsozialist überster Art“ sei. Ernst hatte darauf gegen Professor Brebig Privatklage wegen Verleumdung angestrengt und das Karlsruher Schöffengericht hatte am 10. Dezember vorigen Jahres merkwürdigerweise dem Beklagten zwar den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) in vollem Umfange zuerkannt, ihn aber trotzdem zu einer Geldstrafe von 20 Mark verurteilt, weil der Ausdruck zu weit gegangen sei. Dieses Urteil, das damals in weitesten Kreisen erhebliches Versehen erregen mußte, wurde am Freitag vom Oberlandesgericht Karlsruhe aufgehoben. Brebig wurde freigesprochen.

Das nächste (VII.) Sinfonie-Konzert des bad. Landes-theater-Orchesters findet Montag, den 2. März, abends 7½ Uhr statt. Es wird ein vorwiegend klassischer Abend sein, in dessen Mittelpunkt die Aufführung des Sinfoniekonzerts D-dur von Mozart steht. Solist ist Konzertmeister D. Voigt, der in dem Werk die Kadenz seines Lehrers G. Morleau spielen wird. Die beiden Außenwerke der Vortragsfolge sind dem instrumentalen Schaffen Franz Schuberts entnommen. Den Anfang bildet die schöne Hofamunde-Ouverture, die hier seit längerer Zeit nicht mehr im Konzertsaal gehört wurde. Als imposanter Abschluß kommt Schuberts instrumentales Hauptwerk, die große Sinfonie in C-dur, zur Aufführung. Die musikalische Leitung des Konzertes liegt in den Händen von Kapellmeister W. F. Neuf. (Deutsches Oberhaus Charlottenburg), der schon mehrmals als Gastdirigent im Laufe des Winters sich bekanntlich in den hiesigen Musikkreisen Beachtung und Anerkennung erworben hat.

Börsen und Märkte

Wochenchau nach dem Stande vom 26. Februar.

Börse: An der Börse herrschte in dieser Woche starke Unstimmigkeit. Angesichts der außenpolitischen Lage hielt sich das Publikum mehr und mehr vom Börsenverkehr zurück. So blieb die Börse ohne nennenswertes Geschäft und die Kurse schwankten hin und her. Besonders der Aktienmarkt war ganz überdehnt, doch blieb die Abschwächung in engen Grenzen. Der Anleihemarkt war ohne Belebung und gleichfalls in schwächerer Haltung.

Geldmarkt: Der Geldmarkt war äußerlich unverändert. Tägliches Geld war flüssig und für 9—11 Prozent leicht zu haben, während auf dem Geldmarkt für längere Zeit eine Verknappung eingetreten war. Die starke Nachfrage nach Monatsgeld konnte nicht voll befriedigt werden, da gerade die größeren Geldgeber in ihren Ausleihungen sehr zurückhaltend sind. Die Sätze für Monatsgeld betragen 12—14 Prozent.

Produktenmarkt: Der Produktenmarkt war außerordentlich still. Infolge der unsicheren Auslandsmeldungen und der außerordentlichen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt waren die Käufer zurückhaltend. Die Lage am Getreidemarkt war ganz undurchsichtig. Die zweite Hand suchte weiter auf die Preise zu drücken. Gegenüber der Vorwoche waren die Preise fast unverändert. In Süddeutschland notierten Heu und Stroh unverändert mit 8 bezw. 5½ M. pro Doppelzentner. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 260 (plus 4), Roggen 255 (plus 2), Sommergerste 268 (minus 2), Winter- und Futtergerste 238 (minus 2), Hafer 193 (minus 2), Malz je pro Tonne und Mehl 37¼ (minus ½) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt: An den Güteaktionen gaben die Preise für mittlere und leichtere Grobvieh-Häute bis zu 10 Prozent nach, während für schwere Grobvieh-Häute die Preise höher waren. Die Lage am Eisenmarkt war abgeschwächt. Die Weiterentwicklung war wesentlich von dem Ausgang der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Belgien abhängig. Der Rohstoffmarkt liegt darnieder, da er den während des Ruhrkampfes verlorenen Absatz wieder neu erobert muß. Besonders Süddeutschland bezieht in größerem Maße außer der englischen auch oberösterreichische und Saarholze.

Holzmarkt: Es zeigt sich immer mehr, daß die geradezu phantastischen Preise für Rohholz in keiner Weise gerechtfertigt sind. Die Erwartungen, die man gerade auf den kommenden Baumarkt im Frühjahr setzte, erweisen sich als ziemlich überpannt, da es ganz unmöglich ist, all die vielen Bauprojekte auch nur zum Teil, geschweige denn ganz zu finanzieren. Den Schaden haben jetzt die Sägemerksbesitzer, die in der Hoffnung auf eine Belebung des Baumarktes so hohe Preise angelegt haben. Schon bei 130 Prozent der Forstpreise haben unsere Holzpreise die Weltmarktpreise überschritten und es macht sich auch bereits das Angebot des Auslandes, besonders aus Österreich, sehr bemerkbar.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft bringt eine neue Emission, 8-prozentige Gold-Comm.-Schuldverschreibungen v. J. 1925 in den Verkehr, die nach erfolgter Zulassung an der Berliner Börse heute zum erstenmale gehandelt wurden. Der erste Kurs stellte sich am Samstag auf 84¼%. Diesen Gold-Schuldverschreibungen dienen als Deckung Feingold-Darlehen, welche die Gesellschaft an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder an wirtschaftliche Unternehmungen unter voller Garantie solcher Körperschaften gewährt hat. Die Schuldverschreibungen sind in Preußen mündelsicher. Sie sind eingeteilt in Abschnitte zu 100, 500, 1000, 2000 und 5000 Goldmark, gleich der entsprechenden Menge Feingold nach dem Reichsmünzgesetz (1 Goldmark = 0,35842 g Feingold). Die Zinsscheine sind halbjährlich, jeweils am 2. Januar und 1. Juli fällig. Bis zum 1. November 1930 darf die Anleihe weder ganz noch in Teilbeträgen gekündigt, sondern nur insoweit ausgelöst werden, als Tilgungsbeträge auf die Darlehensdarlehne bei der Gesellschaft eingehen. Bis längstens 2. Januar 1935 muß die gesamte Anleihe getilgt sein. Die betr. Bekanntmachung ist im Inzestenteil veröffentlicht.

Pianos = Harmoniums

erste Weltmarken, neu und gebraucht, zu günstigen Preisen und Bedingungen. *Frankfurter*

Pianohaus Lang

Kaiserstraße 167¹
Salamanderschuhhaus
Telefon 1073

